



# „Mein Sohn wurde von Rechten zusammengeschlagen.“

Wahrnehmungen und Deutungen zum Thema Rechtsextremismus.  
Das Beispiel Wurzen.

Kulturbüro Sachsen e.V.  
erarbeitet durch das Mobile Beratungsteam  
für den Regierungsbezirk Leipzig

Dr. Andrea Fischer-Tahir  
Friedemann Affolderbach

Wurzen im August 2004

**„Mein Sohn wurde von Rechten zusammengeschlagen.“  
Wahrnehmungen und Deutungen zum Thema Rechtsextremismus.  
Das Beispiel Wurzen.**

## **Kurzfassung**

### **1. Hintergrund / Ziel / Methode**

Kommunebezogene Kommunikation zum Themenfeld Rechtsextremismus<sup>1</sup> anzuregen oder zu moderieren ist Aufgabe von Mobilen Beratungsteams (MBT), die vor mehreren Jahren in allen ostdeutschen Bundesländern gebildet wurden. Sie stehen Akteuren aus der kommunalen Verwaltung, Polizei, der Jugendsozialarbeit, Bildung, Kirche etc. zur Seite, um mit ihnen gemeinsam deren Fragen zu besprechen und Handlungsansätze zu suchen. In Sachsen arbeiten in Trägerschaft des Kulturbüros Sachsen mit Sitz in Dresden seit 2001 in jedem der drei Regierungsbezirke je ein Regionalteam mit Büros in Neukirchen, Pirna und Wurzen.

Das MBT Wurzen war in den vergangenen drei Jahren vornehmlich in anderen Teilen des Regierungsbezirks unterwegs und sparte mit Rücksicht auf Befindlichkeiten zum Thema Rechtsextremismus die Stadt Wurzen selbst aus. Mit der hier vorliegenden Studie wird der Versuch unternommen, sich Wahrnehmungen und Deutungen lokaler Akteure zu Rechtsextremismus in Wurzen anzunähern. Uns interessiert, wie Akteure aus den verschiedensten, gesellschaftlich relevanten Feldern einer städtischen Kommune sich zum Thema positionieren. Wir fragen zentral nach der Strukturierung des Erzählens und danach, welche Muster bestimmten Wahrnehmungen, Deutungen und Handlungen zugrunde liegen. Unser Ziel ist es, herauszuarbeiten, welche Handlungsoptionen in Bezug auf Rechtsextremismus durch die individuellen Akteure thematisiert werden, auf welche tatsächliche Praxis sie verweisen und welche Möglichkeiten sie denken. Somit geht es uns darum, aufzuzeigen, wo Ressourcen liegen könnten, um eine handlungsbezogene offene und pluralistisch ausgestaltete Debatte zum Thema Rechtsextremismus zu beginnen.

Wir trafen uns mit insgesamt 26 Personen, führten 20 Interviews und ein offenes Gespräch. Bis auf ein Interview, bei dem wir die betreffende Person schwerpunktmäßig zu stadthistorischen Dingen befragten, gestalteten sich alle anderen als *Leitfaden* gestützte Interviews. Dabei wurde den Partnerinnen und Partnern die Gelegenheit eingeräumt, durch eine eingangs offen formulierte Aufforderung zum Erzählen selbst Akzente zu setzen. Die Interviews wurden mit Tonband aufgezeichnet und später vereinfacht transkribiert. Zur Kontrolle und möglichen Korrektur gingen die Abschriften an die Interviewten zurück.

In der Auswertung der Interviews verglichen wir die individuell präsentierten Konzepte zum Thema Rechtsextremismus miteinander und suchten nach Hinweisen auf Deutungsmuster. Schließlich überprüften wir faktische Daten, Erlebnismoleküle und Verweise, die sich aus den Interviews ergaben, dahingehend, wo Anknüpfungspunkte und

---

<sup>1</sup> Es sei eine Anmerkung zu unserer sprachlichen Darstellung gemacht: Da in Politik wie im Alltagsgebrauch Begriffe wie „Rechtsextremismus“, „Rechtsradikalismus“ und „rechts“ oftmals synonym verwendet werden, werden auch wir hier bei vielen Gelegenheiten vereinfacht von – kursiv gesetzt - *rechts* sprechen, wenn wir Rechtsextremismus meinen.

Ressourcen für kommunikative Aushandlungsprozesse und für strategisches Handeln bezogen auf das Themenfeld Rechtsextremismus liegen.

Anders als die Studie, in der nach Themen strukturiert die Aussagen der Interviewpartnerinnen und Interviewpartner präsentiert und unsere Interpretation und Analyse angeboten wird, fokussiert die Kurzfassung insbesondere die Handlungsoptionen.

## 2. Erinnerungen – Wurzeln in den 1990er Jahren

Uns interessiert, *was* Personen – ob sie nun damals in Wurzeln gelebt bzw. gearbeitet haben oder nicht – erinnern, *wie* sie Erinnertes *mitteilen* und auf welche gesellschaftlichen Realitäten die präsentierten Erinnerungen *verweisen*. Dabei geht es besonders um mögliche Handlungsspielräume zum Themenfeld Rechtsextremismus, nicht um eine Re-konstruktion derjenigen Ereignisse von Anfang bis Mitte der 90er Jahre, die Wurzeln mit dem Thema Rechtsextremismus in die überregionalen Medien brachten.

Die meisten der Interviewten erinnerten sich an Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund. Als betroffen von rechtsextremistischer Gewalt wurden junge und ältere Mitglieder kirchlicher Gruppen, alternative Jugendliche, ausländische Flüchtlinge und Arbeiter, Obdachlose bzw. Behinderte, schließlich Journalisten lokaler Medien genannt.

Direkt und dauerhaft mit *rechter* Gewalt konfrontiert waren junge Leute, die einen sogenannten alternativen Lebensstil präferierten, d.h. die sich, subkulturell gesehen, zu Punk hingezogen fühlten und den Alltag zum Beispiel über gemeinschaftliche Wohn- und Hausprojekte organisierten bzw. organisieren wollten. Diese Projekte können als ein Versuch, eine pluralistische Kultur mit auszugestalten, interpretiert werden. Zwischen solchen Projekten und rechtsextremistischen Hegemonieansprüchen, die sich in dem NPD-Konzept der „national befreiten Zonen“ verdichtet wiederfinden und somit eine Vielfalt demokratischer Lebensformen ablehnen, entwickelt sich notgedrungen eine konflikthafte Beziehung. Zur kommunebezogenen Absicherung dieser Projekte, aber eben auch zur Absicherung gegen Angriffe von *rechts* suchten beteiligte jungen Menschen nach Bündnispartnern in der Stadt. Der oberste Vertreter der kommunalen Verwaltung in Wurzeln war wohl durchaus zum Dialog bereit. Und obwohl habituell sehr verschieden, konnten sich Akteure „Jugendliche und oberster Vertreter der Kommune, miteinander verständigen. Bedingungen für diese Verständigung schienen Toleranz auf beiden Seiten und die Einsicht seitens der Jugendlichen, daß nur eine kommunale Unterstützung Überleben und Ausbau des Projektes garantiert sowie seitens der Kommune, dass Engagement von Jugendlichen anerkannt und auch belohnt werden muß. Die Bedingungen für diese Kommunikation verschlechterten sich, als im Zusammenhang mit einem Punkkonzert ordnungspolitische Probleme auftraten.

Wichtig scheint uns, dass der Erzähler – Beteiligter auf Seiten der Jugendlichen - aus der Rückschau Verständnis für eine veränderte Position der Stadt gegenüber den besagten Jugendlichen andeutete und somit implizit auf Raum für Aushandlungsprozesse im kommunalen Rahmen verweist.

Den Jugendlichen ging es vor allem auch um das Recht auf Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit, darüber hinaus um den Wunsch und Willen, auf der Basis demokratischer Spielregeln in die Gesellschaft integriert zu werden bzw. zu sein. In diesem Zusammenhang wurde eine explizite Kritik an der örtlichen Polizei, eventuell auch an Vertretern der Verwaltung geäußert. Ihnen wurde basierend auf den spezifischen Erfahrungen in der DDR ein Mangel an „demokratischer Vorbildung“ vorgeworfen.

Nach Wahrnehmung unserer Interviewpartnerinnen und -partner bewegten sich vorwiegend junge Leute in rechtsextremen Kreisen. Somit waren Schulen auf besondere Weise mit der Thematik konfrontiert. Vertreter aus dem Bildungsbereich sprachen über konkrete Handlungsmöglichkeiten. So hätte ihnen zum Beispiel die Kooperation mit polizeilichen Organen geholfen, sich Wissen über Rechtsextremismus und besonders über rechtsextreme Symbole anzueignen und dieses Wissen praktisch zu nutzen. Eine ganze Reihe tatsächlicher und möglicher Akteure gegen *rechts* wurde von ihnen genannt: Schüler und Schülerinnen, Vertreter und Vertreterinnen der Kirche und der Presse. Daneben wurden Grenzen von Handlungsspielräumen deutlich: Wenngleich es im Rahmen Schule möglich sei, pädagogisch zu agieren und junge Menschen, die mit *rechts* in Konfrontation gerieten, zu schützen, ende die Interventionsmöglichkeit da, wo der zur Schule gehörende Raum seine faktischen Grenzen habe. Dennoch, so wurde gegenwartsbezogen argumentiert, könne Schule dazu beitragen, die Entstehung alternativer und demokratischer Aktionsformen zu fördern.

Einige der Interviewten thematisierten Rolle und Verantwortung von Polizei und sprachen dabei von gelungenen ordnungspolitische Maßnahmen und Aktionen, die tatsächlich zu einer Schwächung bzw. teilweisen Zerschlagung rechtsextremer Strukturen geführt hätten. Letzteres ist zum einen Ausdruck für die Anerkennung der Kernkompetenzen anderer, zum anderen jedoch verbirgt sich hinter solchen Aussagen auch ein für das Individuum entlastendes Moment.

Viele der Interviewten äußerten sich zur Rolle und Verantwortung der kommunalen Verwaltung. Dabei ging es oftmals um Schuldzuweisungen. Allerdings wurden von Seiten der kommunalen Vertretung auch Handlungsergebnisse präsentiert, wie das erfolgreiche verwaltungstechnische, konkret baurechtliche Vorgehen gegen ein rechtsextremes Hausprojekt. Verwaltungstechnisches Agieren wie hier angedeutet, erscheint eigentlich als eine Selbstverständlichkeit. Zu bedenken ist jedoch, dass in Wurzen kaum eine öffentliche und breit strukturierte Debatte zum Thema Rechtsextremismus stattfand, bei der sich die Verwaltung besonders engagiert hätte. Und so stellt sich die Frage, ob nicht eher der Versuch unternommen wurde, ein politisches Problem verwaltungstechnisch zu handhaben, um einem politischen Diskurs auszuweichen. Das wäre um so problematischer, als in den Erinnerungen an die Ereignisse der neunziger Jahre und die mediale Berichterstattung darüber auch deutlich wurde, dass nicht das Agieren rechtsextremistischer Gruppen in einem Ort an und für sich als „Schande“ für eine Stadt als Kollektiv gilt, sondern eher das Ausbleiben von angemessenen politischen Reaktionen. Hier steckt eine klare Option für das Handeln.

Sicherlich ausgelöst durch unsere Fragen in den Interviews, aber, dies kann angenommen werden, auch grundsätzlich bereitwillig setzten sich die Interviewten selbst zum Thema Rechtsextremismus in Bezug und machten teilweise alltagsrelevante Dimensionen des

Problems Rechtsextremismus deutlich. Nach unserer Meinung liegt in dieser Bereitschaft und Fähigkeit, *über* das Problem *Rechtsextremismus* zu *sprechen*, eine grundsätzliche Ressource, im kommunalen Kontext nach Möglichkeiten eines sachlichen Umgangs mit dem Thema zu suchen. Dies zu betonen, scheint uns wichtig vor dem Hintergrund, dass Wurzeln in den 90er Jahren sehr präsent in den Medien war, wenn es um das Thema Rechtsextremismus ging und dies zu einer Reihe von Verunsicherungen führte.

Ausgelöst durch die Erinnerungen wurden verschiedene Konzepte im Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus präsentiert. Diese seien hier abschließend benannt:

Konzepte	Dimensionen
Informieren / Öffentlichkeit schaffen	- journalistische Arbeit und Engagement
Skandalisieren	- sensationsjournalistisches Arbeiten
Leugnen	- Vorhandensein <i>rechter</i> bzw. rechtsextremistischer Aktionen und Organisationen bestreiten
Beobachten	- Mediendarstellung zum Problem verfolgen
Ausweichen	- verwaltungstechnische Handhabung wird überbewertet
Favorisierung polizeilichen Handelns	- polizeilich handeln - polizeiliches Handeln begrüßen, überbewerten, als entlastend wahrnehmen
Dramatisieren	- gleichsetzen von Rechtsextremismus mit dem Dritten Reich
Offensive Auseinandersetzung	- demonstrieren - besetzen und ausgestalten von Räumen als Gegenpol zu <i>rechts</i>
Allianzen schaffen	- Kernkompetenzen anderer erkennen, respektieren und nach Wegen der Bündelung suchen

### 3. Positionen zum Themenfeld Rechtsextremismus

#### 3.1. Wahrnehmung und Ursachendeutung

Die von uns interviewten Frauen und Männer betrachteten Rechtsextremismus aus verschiedenen Perspektiven, d.h. aus sozialökonomischer, psychosozialer, geschichtsbezogener und allgemein gesellschaftspolitischer Sicht. Dabei reflektierten sie berufs- oder tätigkeitsbezogene und alltagsweltliche Erfahrungen.

Die in den Interviews präsentierten Wahrnehmungen zu Rechtsextremismus lassen sich folgenden Punkten zuordnen:

- *Symbole*: Es wurde über rechtsextreme Symbole wie Abzeichen und Codes sowie Kleidung und Haartracht gesprochen und es wurden Überlegungen angestellt, welche

politische, individual- und sozialpsychologische Bedeutung solchen Symbolen zukomme.

- *Symbolische oder symbolbeladene Besetzung von Räume*: Genannt wurden an Wände gesprühte Codes, gezeigte Präsenz in öffentlichen Räumen wie zum Beispiel bei Volksfesten, die Organisation von Freizeitangeboten für Jugendliche oder das Betreiben von privaten Treffs oder Gaststätten als Anlaufpunkt der *rechten* Szene.
- *Besetzung von politischen Themen* wie zum Beispiel Sozialabbau, Irak-Krieg.
- *Durchsetzung von Deutungen*: Wahrgenommen wurde Rechtsextremismus als Versuch, eigene Deutungen zum Beispiel bezüglich der Geschichte des Nationalsozialismus oder bezüglich religiöser Fragen, wie Christentum contra Heidentum, durchzusetzen. Die Interviewten sprachen von erlebter direkter Provokation und davon, wie *rechte* Akteure eigene Kompetenzen in Diskussionen und Gesprächen unter Gleichaltrigen sowie mit Schul- und Religionspädagogen herausstellten.
- *Gewalt als Regel*: Eltern berichteten von den Gewalterfahrungen ihrer Kinder und reflektierten diesbezügliche Erfahrungen. Andere Interviewte erzählten aus professionsbezogener Sicht von Formen gewaltsamen Handelns von *rechts*. Dabei wurde deutlich, dass seitens der *Rechten* zum einen das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt, zum anderen eigene Regeln der sozialen Interaktion durchgesetzt und der eigene Machtanspruch herausgestellt werden.

Ursachen für die starke Ausbreitung von Rechtsextremismus sahen die Interviewten in sozialökonomisch begründeten Problemlagen sowie in der jeweiligen Wahrnehmung des *persönlichen* Alltags bzw. der *persönlichen* Perspektive. Argumentationen aus psychosozialer Perspektive drehten sich um eine angeblich vor allem junge Menschen betreffende Suche nach Sicherheiten bzw. Sicherheit verleihender Identität. Dabei resultieren die Unsicherheiten, die es zu überwinden gelte, insbesondere aus der spezifischen sozialökonomischen Strukturiertheit der Gesellschaft. Bestimmte Konzepte rechtsextremer Ideologie scheinen geeignet, erklärend und entlastend in Identifikationsprozessen zu wirken. Vor allem Gruppenstrukturen eröffneten Möglichkeiten, sich abzusichern. Diese Absicherung wiederum kann ihren Ausdruck in der diskursiven Absetzung von anderen, wie z. B. „Aussiedlern“, „Ausländern“ oder „Juden“, aber auch in der Demonstration von Macht durch kollektive Gewaltausübung finden. Eine wesentliche Rolle spielten außerdem der widersprüchliche Umgang mit der NS-Vergangenheit sowie der Nationalismus und Alltagsrassismus in der DDR. Das Aufbrechen von Normen in Wendezeiten bot Freiräume, die u. a. mit *rechter* Ideologie gefüllt wurden.

In der Interpretation und Analyse rechtsextremen Handelns und rechtsextremer Strukturen nahmen die Interviewten verschiedene Perspektiven ein und verschränkten diese zum Teil miteinander. In jedem Fall argumentierten sie als Erwachsene und an verschiedenen Stellen entstand der Eindruck, dass der damit verbundene eigene soziale Status wesentlich den Blick strukturiert. So ließ sich Rechtsextremismus als Jugendproblem deuten.

Nach unserer Meinung ging es für die beteiligten Interviewpartnerinnen und -partner nicht um eine theoretische Debatte. Vielmehr wurde deutlich, dass sie nach brauchbaren Erklärungen zum Thema Rechtsextremismus suchen und an Handlungsoptionen interessiert sind.

### **3.2. Handlungsoptionen**

Die von uns interviewten Frauen und Männer verwiesen auf eine Reihe von tatsächlichen oder denkbaren Handlungen bezogen auf Rechtsextremismus, so auf staatlich organisierte Repression und Prävention, individuelle Nutzung strafrechtlicher Möglichkeiten, pädagogische und sozialpädagogische Ansätze, individuelle Strategien in Gewaltsituationen, gesellschaftspolitische Optionen sowie kulturelle Möglichkeiten.

#### *Repression und Prävention*

Angesprochen wurde zum Beispiel das gescheiterte Verbotverfahren gegen die NPD. Dazu äußerten sich einige der Interviewten pragmatisch: Ein Verbot sei besser, aber da es keines gebe, sei sich damit abzufinden und das geltende Strafrecht voll auszunutzen. Andere brachten die Überzeugung zum Ausdruck, dass eine starke Demokratie an einem *rechten* Rand nicht zusammenbrechen würde. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang auf die notwendige Vernetzung von Kernkompetenzen hingewiesen.

Für viele der Interviewten stand die Frage, wie in Sachen Rechtsextremismus *präventiv* agiert werden könne. Dabei bewegten sich die vorgestellten und tatsächlichen Präventionsmaßnahmen zwischen Abschreckung und Aufklärung, so zum Beispiel durch den Besuch von Strafanstalten Jugendliche beizeiten abzuschrecken und zu mahnen, nicht straffällig zu werden. Außerdem wurde auf die Möglichkeit von Strafrechtsaufklärung an den Schulen hingewiesen. Für uns stellt sich unter anderem die Frage, ob durch solche Ansätze einer thematischen Auseinandersetzung nicht eher aus dem Weg gegangen wird.

Interviewpartner erzählten davon, wie Jugendliche, mit Affinität zu *rechts* sich in taktischem Handeln üben würden, wann immer Pädagogen aufklärend tätig seien. Die betreffenden jungen Leute wüssten am Ende sehr genau, welche rechtsextreme, antisemitische etc. Aussage oder Tat strafrechtsrelevant sei und welche nicht. Als mögliche Handlungsperspektive nannte ein Interviewpartner die Formel „Im Gespräch bleiben“. Das heißt, anstatt Fehlverhalten zu „ahnden“, wird hier der Blick auf Aushandlungsprozesse, die allerdings resolut und dominant auszugestalten seien, gelenkt.

#### *Strafrechtliche Möglichkeiten*

Individuelle Akteure erachteten das Anzeigen rechtsextremistischer Gewalttaten für wichtig und notwendig. Gleichzeitig verwiesen sie jedoch darauf, dass solche Anzeigen zum einen

mit Gefahren verbunden sein können, zum andern nicht immer zum erhofften Ergebnis führen. Nicht nur Bürgerinnen und Bürger kritisierten die Justiz, wenn es um die konsequente Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten ging, sondern auch die Polizei. Engagiertes Handeln und klare Entscheidungen auf politischer Ebene wurden gefordert.

Es könne jedoch nicht nur um eine effizientere Ausgestaltung von Sanktionsspielräumen gehen. Vielmehr, und auch dies wurde in den Interviews angesprochen, sei der Staat insbesondere da gefragt, wo einzelne Akteure aus rechtsextremen Zusammenhängen diese verlassen, *aussteigen* wollen. Möglichkeiten und Grenzen dieser Perspektive wurden in der Vergangenheit auch in Wurzeln beobachtet. Vor dem Hintergrund dessen, dass viele der interviewten Frauen und Männer im gegenwartsbezogenen Kontext *Akteure rechts* immer wieder von „Mitläufern“ sprachen, das heißt solchen (jungen) Menschen, die nach außen keine dichte Identifikation mit Rechtsextremismus aufweisen würden, scheint uns die Frage des Aussteigens noch immer von Relevanz zu sein.

### *Pädagogische und sozialpädagogische Möglichkeiten*

Vielfach wiesen die interviewten Frauen und Männer auf Möglichkeiten pädagogischer und sozialpädagogischer Intervention hin, die sich in Bezug auf das Thema Rechtsextremismus anbieten. Dabei liege eine erste Handlungsoption darin, gut zuzuhören. Das ermögliche nicht nur, offensichtlich Gesagtes zur Kenntnis und ernst zu nehmen, sondern auch Hinweisen auf eher latente Bewusstseinsinhalte nachzugehen. Ein Lehrerkollegium zum Beispiel könnte dann der Ort des Austauschs sein, aber auch eine professionelle Gruppe, in der Strategien überlegt und erarbeitet werden, um bestimmten Denkansätzen und dezidierten Haltungen pädagogisch zu begegnen.

Als Beispiele pädagogischer Einflussnahme wurden u. a. die Teilnahme an Plan- und Rollenspielen, die verschiedene Formen parlamentarischer Demokratie und internationaler Diplomatie simulieren, die Teilnahme an thematischen Exkursionen einschließlich Gedenkstättenarbeit, Lesungen und Ausstellungen genannt. Auch hier werden Grenzen des Handelns deutlich, denn die Frage nach der Wirkung bleibt offen. Was an Inhalten von den Teilnehmern wirklich aufgenommen und entsprechend verarbeitet wird, entzieht sich den Pädagogen in vielen Fällen.

Aus der Erkenntnis heraus, dass Wissensvermittlung an sich nicht unbedingt die gewünschten Resultate bringt, wird nach anderen Optionen gesucht, wie zum Beispiel Formen von Jugendsozial- und Jugendkulturpolitik, die für Jugendliche Identifikations- und Tätigkeitsangebote eröffnen, wenngleich dieser Ansatz die Gefahr in sich birgt, dass zum Beispiel durch eine unreflektierte Jugendarbeit mit *rechten* Jugendlichen *rechten* Akteuren eine politische Plattform geboten wird. Jugendarbeit und Jugendtreffs spielen in der rechtsextremen Szene eine wesentliche Rolle, was nicht zuletzt im Konzept der „national befreiten Zonen“ deutlich wird. Es besteht also Bedarf an einer *kritisch-reflexiven Jugendarbeit*. Aber auch hier gibt es Grenzen, die bereits durch *rechte* Akteure gesetzt werden können.



Ein wichtiges Problem wurde in den Interviews angesprochen: Pädagogisches Handeln und Erziehung brauchen allgemein viel Zeit und Engagement sowie kommunale Unterstützung und Öffentlichkeit. Und gerade im Kontext Rechtsextremismus ist zu bemerken, dass ein eigentlich gesellschaftliches Problem oftmals einfach an Schul- und Sozialpädagogen abdelegiert wird. Zu oft fehlt die Anerkennung für deren nicht einfache Tätigkeit, wobei übersehen wird, dass gerade hier Kernkompetenzen liegen.

### *Möglichkeiten und Grenzen in Gewaltsituationen*

In der Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtsextremismus nimmt das Problem Gewalt und Gewaltkonfrontation einen zentralen Platz ein. Um sich erfolgreich gegen Aggressionen von *rechts* zu wehren bzw. um solchen vorzubeugen, versuchen jugendliche Akteure, durch Gruppenbildung Stärke auszustrahlen. In ihrem Handeln unterliegen sie damit ebenso wie andere der Logik von Gewalt. Sie verfügen jedoch über Ressourcen hinsichtlich Handlungswissen und Handlungsmacht, die sie in Gewaltsituationen einsetzen können.

Andere Handlungsoptionen, wie sie v. a. von Pädagogen und Eltern eingebracht wurden, sind Zurückweichen bzw. Weglaufen, Stillhalten, die Polizei rufen, nach deeskalierenden Handlungsmöglichkeiten suchen. Gerade an Pädagogen stellen Situationen, in denen die betreute Gruppe mit einer Gewaltsituation konfrontiert wird, hohe Anforderungen v. a. dahingehend, die Konfliktsituation nach Möglichkeit gemeinsam mit den Jugendlichen zu reflektieren *und* zu handeln.

Eltern erzählten von Gewalterfahrungen ihrer Kinder und über die nicht erfüllte Hoffnung, durch Polizei und Justiz Gerechtigkeit zu erfahren. Deutlich wurde, dass Betroffene mit Gewalterfahrungen wesentlich auf sich allein und die Familie zurückgeworfen sind. Daher stellt sich uns die Frage nach einem geeigneten Raum, in dem Eltern Erfahrungen und Reflexionen, aber auch Handlungsmöglichkeiten zum Thema Gewalt (von *rechts*) zu kommunizieren können.

### *Gesellschaftspolitische Möglichkeiten*

Die interviewten Frauen und Männer nach gesellschaftspolitischen Möglichkeiten zum Umgang mit dem Phänomen Rechtsextremismus befragt, kristallisierte sich *Demokratie* als ein wichtiges und zu diskutierendes Thema heraus. Dabei waren zwei Grundtendenzen zu erkennen: Erstens eine Fokussierung auf die verfassungsrechtliche und auf die parlamentarische Ebene. Zweitens ging es um Begegnungen im Alltag.

Als ein wesentliches Kriterium für eine funktionierende Demokratie nannten einige unserer Partner Transparenz. Allerdings wurde die Strukturiertheit parlamentarischer Demokratie und politischer Entscheidungsprozesse dahingehend in Frage gestellt, inwieweit das herrschende Konzept von Demokratie und die Fixierung auf politische Parteien als Ausdruck und Träger von politischem Willen und verallgemeinerbaren Interessen im

allgemeinen und auf kommunaler Ebene im besonderen tauglich sei. Als Alternative wurde ein Modell angedeutet, in dem Fachexperten sachbezogen entscheiden und nicht politische Ideologie und Interessen politischer Gruppen Verhandlungen und Entscheidungen bestimmen würden. Das aber wirft für uns die Frage auf, inwieweit solche Fachexperten unabhängig von politischen Ideologien und von (sozialen) Beziehungen zu Mitgliedern politischer Interessensgruppen sein können und sind.

Einen wesentlichen Aspekt bildete die Frage des Umgangs mit der NPD im Kommunalparlament. Dabei wurde deutlich, dass der Stadtrat als Gremium der Sachauseinandersetzung, in dem nicht ideologisiert werden soll, begriffen wird. Allerdings scheinen uns auch hier parteipolitische und somit gruppenbezogene Interessen und Befindlichkeiten eine Konsenssuche bezüglich Umgang mit der NPD zu erschweren.

Verschiedene Interviewpartner wiesen darauf hin, dass, wenn es um eine Auseinandersetzung mit der NPD gehe, die außerparlamentarische Ebene besonders wichtig sei. Außerparlamentarisch müsse nicht nur explizit politische Formen mit Aktionscharakter meinen, sondern könne, so jedenfalls eine Reihe der von uns interviewten Frauen und Männer, auch die demokratische Ausgestaltung von Alltagsbegegnungen und somit die Schaffung von Alternativen zu autoritären Konzepten bedeuten. Hiermit ist der Prozesscharakter von Demokratie angesprochen, nämlich das ständige Aushandeln von Meinungen und Positionen. Wichtig scheint uns auch der Hinweis darauf, dass Regeln veränderbar sind und als veränderbar wahrgenommen werden sollten, wobei auch das Verändern von Regeln wiederum eine Frage von Aushandlung und Konsens ist. Dabei ermöglicht gegenseitiger Respekt die Begegnungen im Alltag. Auf ein wesentliches Grundproblem politischer und gesellschaftlicher Begegnungen, das Demokratie möglicherweise einschränkt, sei hier nur hingewiesen: die Konkurrenz.

### *Kulturelle Möglichkeiten*

Viele der von uns interviewten Frauen und Männer brachten zum Ausdruck, dass sie eine vielseitige und pluralistisch ausgestaltete Kultur als einen Garant gegen Rechtsextremismus sehen würden. Dabei verstehen wir unter Kultur nicht nur Ausdrucksformen künstlerischer Hochkultur und die für die moderne Gesellschaft charakteristischen Subkulturen sowie Sport und freizeitbezogene Vereinsarbeit. Dies ist für uns Kultur im engeren Sinne. Im weiteren Sinne aber hat Kultur eine allgemein soziale Dimension und bedeutet die sozial vorstrukturierte Alltagspraxis, d.h. die Ausgestaltung sozialer Begegnungen im täglichen Leben aller.

Das Leben in Wurzeln hinsichtlich Kultur im engeren Sinne ist facettenreich. Was den Freizeitbereich und junge Menschen anbelangt, so gibt es eine Reihe von anerkannten „Identifikations- und Tätigkeitsangeboten“, z. B. Sportvereine, Jugendtreffs mit spezifischen Angeboten, Freizeitmöglichkeiten im Bereich Musik, Literatur etc. Wir wollen hier keinen, etwa auf Vollständigkeit bedachten Überblick über eben solche Möglichkeiten geben, sondern fragen, wie Interviewte Kultur in Bezug zum Thema Rechtsextremismus sehen.

Angesprochen wird zum einen Vereinsarbeit und ehrenamtliches Engagement im allgemeinen mit Blick darauf, dass die Gemeinschaft den (demokratischen) Rahmen biete, innerhalb dessen sich Individuen engagieren können. Dieses Engagement wiederum mache das Demokratische einer Gemeinschaft aus.

Einige Interviewte bezogen sich auf Jugendliche und junge Menschen, denen über Sportverein und Musikschule hinaus Möglichkeiten geboten werden müssten, nämlich durch eine Vielfalt von Jugendtreffmöglichkeiten mit fachkompetenter Betreuung und Förderung der Eigeninitiative. Hierbei wird auf die Verantwortung staatlicher und kommunaler Stellen für die Mitausgestaltung von Jugendfreizeit verwiesen, wenngleich die Handlungsspielräume der Kommune durchaus begrenzt sind.

Vielfach ging es in den Interviews um die Entwicklung stadtbezogener Identitäten. Eine Möglichkeit ist, Wurzeln als Gedächtnisort und Ort von Geschichte zu entdecken. In diesem Zusammenhang kam die Sprache auf den Jacobspilgerweg. Anhand bislang wohl noch wenig ausgereifter Ideen rund um den Jacobspilgerweg scheint sich hier für eine Vielzahl von kirchlichen und nicht-kirchlichen Akteuren jeglichen die Möglichkeit zu bieten, in einem landschaftlich reizvollen Rahmen Spuren von Geschichte zu entdecken und damit auf Prozesse kollektiver Identitätsbildung einzuwirken.

Um Spuren von Geschichte und darüber hinaus um Verantwortung geht es auch bei Erinnerungs- und Gedenkpraktiken, die auf die Zeit des Nationalsozialismus bezogen sind. Zu erwähnen wäre hier der vom Netzwerk für demokratische Kultur und anderen alljährlich organisierte Gedenkmarsch von Borsdorf nach Wurzeln oder aber an die im Gymnasium gezeigte Ausstellung über ausländische Zwangsarbeiter in der Region. Darüber hinaus wird sich über andere Möglichkeiten von Erinnerungskultur und Erinnerungsarbeit vor Ort Gedanken gemacht. So sprach ein Interviewpartner die Möglichkeit an, Gedenktafeln an ehemals von Juden bewohnten Häusern anzubringen. Hier liegt ein Anknüpfungspunkt für eine bürgerlich organisierte Initiative in Wurzeln.

### *In Sachen Migration*

In Wurzeln leben mehrere hundert Spätaussiedler, die meisten in (großen) Familien. Mehrere der Interviewpartner wiesen darauf hin, dass Integration ein komplexes Problem sei. Andere sprachen konkret über jugendliche Spätaussiedler und Probleme mit Akteuren von *rechts*. Uns stellte sich in diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund dessen, dass die meisten der Interviewpartner darin übereinstimmten, für Jugendliche müsse eine *Vielfalt* an Freizeitmöglichkeiten geboten werden, die Frage, ob nicht auch Spätaussiedlerjugendliche einen eigenen Jugendtreff bekommen sollten.

Wie auch hier aufgewachsene Deutsche organisieren sich viele der Zugewanderten aus der ehemaligen Sowjetunion in Cliquen (Peer groups). Diese spezifischen Jugendgruppen sind zum einen Ausdruck von Geschmack, Lebensstil und Identität, zum anderen konstituieren sie einen sozialen Raum, um all dies zu entwickeln, zu verhandeln und zu pflegen. Dieser Raum verleiht ihnen Sicherheit. Einige der Interviewten vertraten die Auffassung, diese Gruppe der

Zugewanderten müsse sich absolut integrieren. Aber hieße das nicht, die multiplen Identitäten von Zugewanderten, die Ausdruck für Brüche in den Biographien und Versuche von Neuverhandlung lebensweltlicher Einstellungen sind, zu ignorieren? Bedeutet Vielfalt nicht gerade auch die Akzeptanz von Minderheiten? Und wenn eine Störung der Kommunikation in der Kommune befürchtet wird, wäre es dann nicht Gelegenheit, nach Möglichkeiten für eine gleichberechtigte Aushandlung von Positionen Ausschau zu halten, nach Möglichkeiten, die nicht auf eine Anpassung hinauslaufen? Andere hielten die Möglichkeit, Spätaussiedlern einen eigenen Treff zu geben mit einem fachlich und sprachlich geeigneten Jugendsozialarbeiter, der bei alltäglichen Problemen der Eingliederung hilft, für diskutierenswert.

### *Netzwerk für Demokratische Kultur*

Mehrere der von uns interviewten Frauen und Männer ließen erkennen bzw. wiesen explizit darauf hin, dass sich der Begriff Demokratie für sie mit einer spezifischen Ausgestaltung von als sozial und politisch verstandenen Begegnungen verbinde. Hier ist ein Aspekt von Kultur im weiteren Sinne angesprochen. Vielfach drehte sich in dem Zusammenhang das Gespräch um das Netzwerk Demokratische Kultur (NDK).

Das NDK ist eine Initiative vor allem junger (und junggebliebener) Erwachsener, die sich ausdrücklich gegen Rechtsextremismus und für eine pluralistische demokratische Kultur in Wurzeln engagiert. So wird seit einigen Jahren ein breites kulturelles Angebot organisiert, zum Beispiel Konzerte, Lesungen, Kino oder erst kürzlich gemeinsame Abende um die Fußball-Europameisterschaft. Bildungsreisen werden durchgeführt sowie Workshops organisiert. Das NDK ist ferner Träger der Hilfsorganisation Amal Sachsen, die sich einzelfallbezogen für die Rechte von Opfern rechtsextremer Gewalt engagiert. Gerade durch die Aktivitäten im kulturellen Bereich hat sich das NDK die Beachtung und auch Anerkennung durch etablierte Akteure in der Stadt erworben. Das Programm CIVITAS – Initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert dem NDK eine Stelle, eine andere halbe sowie zwei geringfügige Stellen werden aus regionalen Töpfen bezahlt. Ansonsten lebt das NDK von freiwilligem Engagement.

Neben der Anerkennung und ausgedrückten Wertschätzung gegenüber dem kulturellen Engagement übten Interviewpartner auch immer wieder Kritik am Netzwerk. Diese zielt zum einen auf den „Eventcharakter“ vieler Veranstaltungen, der ungeeignet sei, Rechtsextremismus wirkungsvoll zu bekämpfen. Zum anderen wurde bemängelt, dass das Netzwerk vor allem von Berlin aus unterstützt würde und dies auch nur, wenn es dauerhaft nachweisen könnte, dass es wegen anhaltender Probleme mit Rechtsextremismus in der Stadt weiter förderungswürdig sei. Allerdings wurden an dieser Stelle eher der Sinn bestimmter Förderrichtlinien als das NDK als solches in Frage gestellt.

Engagement wie das des NDK bedürfen unseres Erachtens der kommunebezogenen Anerkennung und Unterstützung. Eine feste und dauerhafte lokale Verankerung und lokal

organisierte Finanzierung von Projekten dieser Gruppe könnte einen wichtigen Beitrag zur Stärkung demokratischer Stadtkultur bedeuten. Dies gilt aber auch für andere Initiativen, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigen, wobei das Thema eingebettet sein kann in generellere Möglichkeiten zur Ausgestaltung des bürgerlichen und demokratischen Gemeinwesens und der Gesellschaft. Erwähnt sei die Standortinitiative, die sich als Teil einer „Bürgergesellschaft“ versteht und Kommunikationsprozesse zugunsten der Stärkung bürgerlicher Rechte und Erhöhung der Lebensqualität in der Stadt befördern und ausgestalten will. Erinnert sei aber auch an Gesprächskreise sowohl in der katholischen als auch der evangelisch-lutherischen Gemeinde.

Sinnvoll scheint uns dabei die Akzeptanz, dass es um *Prozesse des Verhandeln*s von *Positionen* gehen sollte. Dass also nicht die eigene Deutung als die allein richtige betrachtet wird und der Versuch der rigorosen Durchsetzung dieser Position unternommen wird. Verhandeln setzt zwar starke Positionen voraus, aber nicht unumstößliche.

#### 4. Fragen

Insgesamt blieben für die Interviewpartnerinnen und Interviewpartner, aber auch für uns viele Fragen offen. Was die handlungsbezogene Ebene betrifft, konnte vieles an Möglichkeiten aufgezeigt und auch Erfolge angeführt und konkrete Verantwortlichkeiten benannt werden. Allerdings war bei vielen Gelegenheiten zu fragen, wo die Reichweite bestimmter zielgerichteter Handlungen liege erstens, und zweitens, ob nicht Handeln oftmals von der eigenen Person wegdelegiert werde.

Auch wir sind weder in der Lage noch willens, fertige Antworten dahingehend, wie mit Rechtsextremismus umgegangen werden sollte, zu präsentieren. Vielmehr möchten wir einen Zugang anregen zu einem Feld voller nachdenkenswerter und diskussionswürdiger Fragen:

- \* Welche Wirkung können Repression und Prävention haben, wenn sie zum einen an gesellschaftspolitische, verfassungsrechtliche und strafrechtliche Grenzen stoßen und zum andern *rechte* Akteure sich ihnen geschützt durch bestimmte soziale Räume, entziehen können?
- \* Können Repression und Präventionsmaßnahmen eine offen und offensiv geführte politische Debatte um Rechtsextremismus ersetzen?
- \* Wie können Opfer und betroffene Angehörige in ihren Rechten und in ihrer Würde geschützt werden?
- \* Wie kann eine Raum-Zeit-Begegnung mit Opfern und Angehörigen so gestaltet werden, daß es für die einen möglich wird *zu sprechen* und für die andere *zuzuhören*?
- \* Verstellt eine einseitige Erklärung von Rechtsextremismus als sozialökonomisch begründetes Problem nicht den Blick auf andere Dimensionen wie die sozialpsychologische?
- \* Ist es sinnvoll und dem Problem angemessen, vor allem aber, ist es gerecht, ein eigentlich gesellschaftliches Problem zu einem Jugendsozialproblem zu machen und somit die gesellschaftliche und politische Verantwortung an Lehrer und Sozialarbeiter abzudelegieren?

- \* Nimmt eine Fixierung auf pädagogische und jugendsozialpflegerische Ansätze nicht die Politik aus der Verantwortung?
- \* Was heißt Politik und wer sind politische Akteure? Ist es sinnvoll, Politik auf eine parteipolitische und parlamentarische Ebene beschränkt zu sehen und an diese das Problem Rechtsextremismus abzudelegieren?
- \* Davon ausgehend, daß ein rechtsextremistisches Volksgemeinschafts- und Staatsideal Freiheitsrechte im Sinne der bürgerlichen Aufklärung negiert und sich diese Negation im gewaltsamen und völkisch-rassistischen Handeln rechter Akteure niederschlägt, muss es da nicht Aufgabe und Inhalt individuellen und kollektiven bürgerlichen Engagements sein, diese Freiheitsrechte zu schützen?
- \* Wie kann bürgerliches Engagement gestaltet werden?

## 5. Ressourcen bürgerlichen Engagements

All unsere Wurzener Interviewpartnerinnen und Interviewpartner aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Bildung, Erwachsenenbildung, Sozialer Arbeit und Beratung, Kirche, Medien und Polizei betrachteten Demokratie als eine schützenswerte, wenn auch veränderbare Größe, die durch Akteure von *rechts* bei allen Beteiligungsversuchen in Frage gestellt, wenn nicht sogar ernsthaft bedroht werde. Die Interviews lieferten eine Reihe von Hinweisen darauf, dass und wie sich Menschen als *Bürgerinnen und Bürger* dieser Stadt und dieses Landes selbst verstehen und engagieren bzw. auf Möglichkeiten bürgerlichen Engagements. Diese greifbaren Möglichkeiten möchten wir hier als Ressourcen bezeichnen und skizzieren.

1. Grundsätzlich besteht eine wichtige Ressource des Handelns darin, über Rechtsextremismus zu sprechen und ihn ernsthaft zu problematisieren. Dabei kann das Bedürfnis zu sprechen sehr unterschiedlich motiviert sein. So Leidensdruck, der aus konkreten Gewalterfahrungen mit Rechtsextremismus resultiert, aber auch bürgerliches Selbstverständnis, oder aber die Sorge um das Image dieser Stadt. Bedingung für eine gesellschaftlich breite Kommunikation zum Thema wäre allerdings, sich auf die jeweils verschiedenen Sichtweisen einzulassen und nicht auf die Durchsetzung eigener Deutungen zu bestehen. Es muss einen gleichberechtigten Aushandlungsprozess geben.
2. Die Positionen anderer zuzulassen und zu verstehen setzt die Erkenntnis und Akzeptanz dahingehend voraus, dass bürgerliche Gesellschaft keine konfliktlose, homogene Gemeinschaft, sondern eine pluralistische Gesellschaft ist. Und zu dieser gehört: Probleme und Konflikte ansprechen, aussprechen und verhandeln.
3. Eine attraktive und demokratische Stadtkultur mindert die Chancen rechtsextremistischer Versuche, eigene Deutungen im kulturellen und politischen Feld durchzusetzen. Davon ausgehend müssen umfangreiche Ressourcen in die Ausgestaltung des kulturellen Lebens im allgemeinen, der Jugendarbeit im besonderen investiert werden. Dies meint nicht nur nötige Finanzen, sondern auch Engagement

und Zeit, das Zulassen individueller Kreativität und die Zulassung von *Vielfalt*. Dabei sollte Bereitschaft dahingehend bestehen bzw. entwickelt werden, das Engagement anderer anzuerkennen.

4. Ausgehend davon, daß Parlamentarier nicht nur gewählte Repräsentanten sind, die kommunalbezogene Fachpolitik zu leisten haben, sondern daß sie sich als Individuen mit einem bürgerlichen Selbstverständnis präsentieren, könnte nach geeigneten Wegen gesucht werden, mit der Realität rechtsextremer Akteure im Stadtrat *politisch und offensiv* umzugehen.
5. Generell könnte sich mit der Selbstreflexion dahingehend, daß jede und jeder über die professionsbezogene Funktion hinaus auch Bürgerin bzw. Bürger dieser Stadt und Gesellschaft ist, eine Ressource auf tun. Denn Handlungskompetenz und Handlungsspielräume sind nicht durch berufliche Grenzen beschränkt. Vielmehr ist auch das „private“ Individuum im Umgang mit Rechtsextremismus gefragt und – die Interviews führten uns das deutlich vor Augen – aussagefähig und kompetent.
6. Kernkompetenzen finden sich in den verschiedensten Bereichen, in Politik, polizeilicher Ermittlung und Repression, schulischer Pädagogik und Sozialarbeit. Kernkompetenzen können aber auch aus Erfahrungen bezüglich Organisation und Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Informations- und Bildungsarbeit oder Kulturarbeit resultieren. Solche Kompetenzen können kombiniert und für eine Kooperation nutzbar gemacht werden. Dies setzt voraus, die Fähigkeiten anderer zu erkennen, sie dabei aber nicht als Konkurrenz und Bedrohung, sondern als Ressource wahrzunehmen. Denn vielfach kann aus den Erfahrungen anderer gelernt werden. So könnten zum Beispiel Schulen / Gymnasium, Volkshochschule und das Netzwerk für Demokratische Kultur (verstärkt) gemeinsam Angebote politischer Bildung zu Themen wie Rechtsextremismus und Nationalsozialismus organisieren.
7. Mögliche Orte für Reflexionen zum Thema Rechtsextremismus, den Erfahrungsaustausch und die Aushandlung von Positionen gibt es in Wurzen hinreichend. Dabei kann Schulen und Kirchen eine vermittelnde und verbindende Funktion zukommen. Aber auch Gruppen wie die Standortinitiative und das Netzwerk für Demokratische Kultur weisen Potentiale auf, Diskussionen in der Öffentlichkeit zu organisieren.
8. Eine Möglichkeit zur kollektiven stadtbezogenen Identitätsstärkung besteht sicher darin, sich mit Wurzen als Gedächtnisort und Ort der Geschichte zu befassen. Dies wird vielfach getan. Der Jacobspilgerweg bietet sich eine weitere konkrete Option, lokalen Bezug mit Weltzugewandtheit zu verbinden. Hier könnte unabhängig von Konfession oder Alter kooperiert werden. Und es ist gerade die auf gleichberechtigte Beteiligung beruhende Kooperation, die dazu beiträgt, eine Stadtkultur demokratisch auszugestalten.
9. Demokratische Stadtkultur braucht auch immer kritische Reflexion von Vergangenheit. In Wurzen finden sich auch widersprüchliche Momente von Erinnerungspolitik und Erinnerungsarbeit. Ein Schwerpunkt dabei ist die Zeit des Nationalsozialismus. Ein Interviewpartner wies auf die Möglichkeit hin, zum

Gedenken an die vertriebenen jüdischen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wurzeln  
Tafeln an privaten Häusern anzubringen und somit lokale Bezüge deutlicher zu  
machen.

10. Eine letzte Ressource, die wir hier ansprechen möchten, kann darin bestehen, eigene  
Positionen und Sichtweisen zu reflektieren und somit auch Sichtweisen anderer besser  
zu verstehen.



## Impressum und Kontakt

Herausgeber: Kulturbüro Sachsen e.V., Mobile Beratungsteams  
Text und Redaktion: Dr. Andrea Fischer-Tahir, Friedemann Affolderbach, Solvejg Höppner  
Layout Titel: Lars Decker / visuelle Kommunikation  
Satz: Dr. Andrea Fischer-Tahir

Nachdruck und Vervielfältigung auch Auszugsweise nur mit Einwilligung des Herausgebers

**Wir danken allen Interviewpartnerinnen und –partnern für Ihre Zeit, Ihr Engagement und Ihr Interesse an diesem Thema.**

Die mobilen Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e.V. erreichen sie wie folgt:

### Projektleitung Mobile Beratungsteams

Grit Hanneforth & Friedemann Bringt  
Bautzner Straße 41 HH  
01099 Dresden  
Tel.: 0351-889 41 69  
Fax.: 0351-804 96 71  
E-mail: buero@kulturbuero-sachsen.de  
E-mail: bringtfriede@kulturbuero-sachsen.de  
www.kulturbuero-sachsen.de

### Mobiles Beratungsteam für den Regierungsbezirk Leipzig

Solvejg Höppner & Friedemann Affolderbach  
Bahnhofstraße 19  
04808 Wurzen  
Tel.: 03425-851 98 34  
Fax: 03425-851 98 35  
E-mail: mbt.wurzen@kulturbuero-sachsen.de  
www.kulturbuero-sachsen.de

### Mobiles Beratungsteam für den Regierungsbezirk Chemnitz

Petra Zais & Wenke Bödefeld  
August-Bebel-Straße 2  
09221 Neukirchen  
Tel.: 0371-278 15 65  
Fax: 0371-278 15 68  
E-mail: mbt.neukirchen@kulturbuero-sachsen.de  
www.kulturbuero-sachsen.de  
Kulturbüro Sachsen  
Kulturbüro Sachsen

### Mobiles Beratungsteam für den Regierungsbezirk Dresden

Petra Schickert & Markus Kemper  
Kontaktadresse:  
Gartenstraße 13  
01796 Pirna  
Tel.: 03501-58 22 89  
Fax: 03501-58 22 91  
E-mail: mbt.pirna@kulturbuero-sachsen.de  
[www.kulturbuero-sachsen.de](http://www.kulturbuero-sachsen.de)

Die Mobilen Beratungsteams Sachsen beim Kulturbüro Sachsen e.V. werden gefördert durch das



im Rahmen des Bundesprogramms

